

Posener Zeitung.

Einundneunziger Jahrgang.

Museen
Annahme-Bureau.
In Posen auch in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17.)
bei C. A. Linck & Co.
Breitestraße 20.
in Grätz bei L. Strelak,
in Neuruppin bei H. Matthias,
in Wreschen bei J. Jägerhofer.

Nr. 146.

Mittwoch, 27. Februar.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei C. L. Daube & Co.,
Haarlestein & Vogler,
Rudolph Ploss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Unserer 20 Pf. die schgesparte P. für die
Baum, Nefflamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amfliques.

Berlin, 26. Febr. Der Privatdozent Dr. Paul Fallenberg zu Göttingen ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden. Die Berufung des provisorischen Leiters des Real-Progymnasiums zu Langenberg, Dr. Theodor Meyer zum Rektor dieser Anstalt ist bestätigt worden.

Dem Forstmeister Kaiser zu Kassel ist die Forstmeisterstelle Trier-Morbach und dem Forstmeister Meyer zu Trier die Forstmeisterstelle Kassel-Geschwege übertragen worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung.

Berlin, 26. Febr. Am Ministertische: v. Scholz, v. Putt-Lamer.

Präsident v. Röller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Nachdem zwei Rechnungsvorlagen durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt sind, tritt das Haus in die erste Beratung des Entwurfs über die Stempelsteuer für Kauf- und Lieferungsverträge im Kaufmännischen Verkehr und für Werkverdingungsverträge ein.

S 1 des Gesetzes bestimmt unter Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen, daß die für schriftliche Kauf- oder Lieferungsverträge über andere Gegenstände als Grundstücke oder Grundgerechtigkeiten geschlossenen Vorschriften, insoweit dieselben nicht durch § 11 des Gesetzes über die Erhebung von Reichsstempelabgaben hinfällig geworden sind, auch bei den im Kaufmännischen Verkehr schriftlich abgeschlossenen Kauf- oder Lieferungsverträgen über Gegenstände der bezeichneten Art zur Anwendung kommen.

S 2 will die Werkverdingungsverträge wie Lieferungsverträge unter Zugrundelegung des für das Werk bedungenen Gesamtpreises versteuern, falls der Unternehmer auch das Material für das übernommene Werk ganz oder teilweise anzuschaffen hat und das übernommene Werk in der Herstellung beweglicher Sachen steht.

Abg. Beiser: In den Interessentenkreisen hat man sich sehr entschieden gegen dieses Gesetz erklärt, in welchem das, was von den beteiligten Kreisen 36 Jahre hindurch belämpft worden ist, nun als gesetzliche Forderung aufgestellt werden soll. Es handelt sich um die Aussicht, ob zum Kaufmännischen Verkehr, im Sinne der Kabinetsordre von 1847 nur solche Kauf- und Lieferungsverträge gehören, bei welchen es sich um einen Verkauf zum Wiederverkauf, oder aber solche, bei denen es sich um einen Kauf zum eigenen Bedarf oder Gebrauch des Käufers handelt. Kauf nun z.B. ein Großgrundbesitzer für 2000 M. Staps, so hätte man sich zu fragen, ob der Lieferungsvertrag, der darüber abgeschlossen wird, nach dem Standpunkt zu besteuern ist, ob die Stapsluden als Betriebsmaterial angesehen sind oder nicht, und das hängt wieder davon ab, ob man die Landwirtschaft als ein Institut für Fleischproduktion auffaßt oder nicht. — In der Budgetkommission ist vom Referenten gesagt worden, daß vor den Entscheidungen des Reichsgerichts das Obertribunal den Standpunkt der Regierung vertreten und darauf Wert gelegt hat, ob es sich um einen Anlauf zu Verbrauchs- oder zu Werterhaltungsverträgen handelt. Aber es handelt sich doch hier nicht darum, die unrichtigen Entscheidungen der Gerichte gegenüber der Bedeutung der Kabinetsordre von 1847 zur Geltung zu bringen, sondern darum, ein neues Gesetz zu schaffen. Ich hätte freilich gewünscht, daß man auf alles Flickwerk verzichtet und diese Vorlage bis zu einem allgemeinen Steuergebot verschoben hätte. — Ich beantrage die Vorlage an die Budgetkommission zu verweisen.

Minister v. Scholz: Die Resolution des hohen Hauses vom 8. Januar, welche dahin ging, daß die Stempelabnahmen möglichst erhöht würden, hat zu dieser Vorlage geführt, welche ich zu jener Gelegenheit bereits als nächste Folge der Resolution in Aussicht gestellt habe. Der Reichsstempel wird durch diese Vorlage nicht betroffen und für Preußen nur der Rechtszustand von 1822 hergestellt. Auf die zweiten Bedenken, die der Vorredner gegen die Vorlage erhoben hat, will ich heute nicht eingehen, sondern mir für die Kommission die Beantwortung derselben vorbehalten. Nur dem Schlußgedanken des Redners, daß diese Vorlage ein Flickwerk sei, muß ich entschieden gegenüberstehen und Sie ersuchen, daß Sie von diesem der Vorlage gemachten Vorwurf sich nicht beeinflussen lassen.

Abg. Kieschke: Ich beantrage, die Vorlage nicht an die Budgetkommission, sondern an die durch sieben sachverständige Mitglieder verstärkte Justizkommission zu überweisen. Die ganze Vorlage aber auszufügen bis zum Erlass eines allgemeinen Stempelgesetzes halte ich aus vielen Gründen für nicht ratsam. Welchen Standpunkt die Gerichte zu der Kabinetsordre von 1847 einnehmen, ist für mich gleichgültig, es handelt sich für mich darum, daß die gegenwärtige Unsicherheit des Zustandes und der Entscheidungen aufhört. Redner führt dann mehrere Bedenken gegen den vom Abg. Beiser eingenommenen Standpunkt aus und verlangt schließlich die baldige gesetzliche Regelung des gegenwärtigen Rothstandes.

Abg. Zelle: Obwohl ich mich als Gegner dieser Vorlage habe einschreiben lassen, bin ich keineswegs für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes und begrüße die Vorlage als den Anfang der Regelung dieses Rothstandes. Aber Form und Inhalt der beiden Paragraphen dieser Vorlage sind so unklar und schwierig, daß Publikum und Steuerdistributör damit ihre liebe Roth haben würden. Ein genaues Studium der Vorlage, wie es doch für die beteiligten Kreise nötig, macht völlig Konfus. Man wird daher gut thun, auf eine Änderung der Form noch einen gewissen Wert zu legen. — Ich will die Vorlage weder an die Budgetkommission, noch an die Justizkommission verweisen lassen, sondern beantrage eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern, die für diese trockene Materie Interesse haben, zu ernennen. Dieselbe Kommission könnte dann ja auch mit der Berichtigung der zweiten trocknen Materie, die uns heute beschäftigen wird, mit dem Rothkommunalsteuergesetz betraut werden.

Abg. Dr. Andrae tritt für Überweisung der Vorlage an die Justizkommission ein und bittet, in der Kommission besonders die Prüfung über die Berechtigung des gegenwärtigen Rechtzzustandes vorzunehmen.

Die Vorlage wird hierauf an die um sieben Mitglieder zu verstärkende Justizkommission überwiesen.

Der Gesetzentwurf, betr. die Besteuerung des Zinsfußes für die nach den einzelnen Gesetzen auszugebenden Staats-

schulverschreibungen passt ohne Diskussion die zweite Lesung.

Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für das Jahr vom 1. April 1882/83 werden der Kommission für Rechnungswesen übergeben.

Es folgt die erste Beratung des Kommunalsteuergesetzes.

Abg. Zelle: Wenn irgend eine Vorlage, so verlangt diese eine kommissarische Behandlung, ich will deshalb hier nur ganz kurz mich mit der Vorlage beschäftigen, das Weitere der Kommissionsberatung vorbehaltend. — Die schwierigste Frage bleibt immer die der Besteuerung der Eisenbahnen. Die Kommission wird gut thun, sich zunächst eine Übersicht über die Frequenz der Eisenbahnen von der Regierung geben zu lassen. Ebenso verdient § 9 der Vorlage die besondere Beachtung der Kommission, welcher denjenigen Theil des Gesamtentgelts, der aus außerhalb des Gemeindebezirks belegtem Grundbesitz stammt, zur Einommensteuerung auf dem Wohnsitz des Betr. außer Berechnung lassen will. Ich glaube, dies geht zu weit, und möchte vorschlagen, daß man wenigstens ein Viertel des auswärtigen Einkommens an dem Wohnsitz des Betreffenden zur Steuer heranziebt. Etwas fehlt aber in der Vorlage, nämlich die Lösung der Hundesteuersfrage. Eine Steuer auf Luxusgüter ist doch wohl die gerechte, die man sich denken kann. Ich schlage daher vor, in die Vorlage noch eine Bestimmung des Inhalts einzufügen, daß die Hundesteuer bis auf 20 M. als höchster zulässiger Satz festgesetzt werde. Auch die Besteuerung der Gebäude des Reichsfiskus bedarf wohl einer Regelung in dieser Vorlage.

Abg. Haben: Wir begrüßen dieses Gesetz und seine noch für diese Session ermöglichte Einbringung mit lebhafter Freude und deshalb werden wir Alles thun, um das Gesetz so schnell als möglich durchzubringen. Deshalb werden wir auch Alles zurückweisen, was die Annahme der Vorlage verzögern kann, so besonders den vom Abg. Zelle angelegten Wunsch, die Hundesteuer in diese Vorlage hineinzubringen.

In Bezug auf § 9 stimme ich den Bedenken des Abg. Zelle bei. Die Frage der Besteuerung des Reichsfiskus hat, glaube ich, dieses Haus nicht zu entscheiden. In der Sache selbst stimme ich auch hierin mit dem Abg. Zelle überein, doch muß ich betonen, daß wir diese Frage jetzt außer Auge lassen wollen, um nicht die Annahme der wichtigen Vorlage zu verzögern.

Abg. Dr. Meyer-Breslau: Ich erkenne an, daß in diesem Gesetz sehr viel Dankenswertes enthalten ist, doch nach früheren Erfahrungen will ich meinen Dank doch nicht eher aussprechen, als bis diese Vorlage wirklich Gesetz geworden ist. Dann aber hege ich auf Grund der hier gehörten Reden augenblicklich einige Zweifel. Das Gesetz ist eine kalte Schlüssel, das Überbleibsel eines Gerichtes, das uns früher so leicht aufgetragen wurde, daß wir es nicht genießen könnten, nämlich des Kommunalsteuergesetzes. Eigentümlich in es, um wieviel kleiner immer die Kreise gewählt werden, in denen die Regierung meint, ihre Aufgaben lösen zu können. Vor 5 Jahren, vor 4 Jahren, vor 3 Jahren hielt sich dieselbe noch für stark genug, ein neues Kommunalsteuergesetz vorzulegen, und es gewann eine Zeit lang den Anschein, als sollte daraus etwas werden. Jetzt nun findet wir wieder zurückgedrängt auf den Standpunkt eines Notgesetzes, durch welches einige freitliche Punkte aus der Welt geschafft werden sollen. Aber dadurch wird das tatsächliche Bedürfnis nach Erlös eines Kommunalsteuergesetzes um nichts geringer werden. Die Verhandlungen in der Steuerkommission, deren Mitglied ich ebenfalls bin, bestärken mich immer mehr in der Überzeugung, daß unser gesammte Steuerreform bei der Reform der Kommunalsteuer werde begonnen werden müssen. Es ist ein eigentümliches Verhalten, man spricht immer von der Steuernot der Gemeinde und fügt doch nicht den Stier bei den Hörnern. Anstatt Vorschläge zu machen, wie die Gemeinden direkt entlastet werden können, will man ihnen indirekt durch Verbesserung des Staatssteuerystems Hilfe bringen. Sehr viele Vorschläge sind schon gesetzert daran, daß man nicht wußte, wie ihre Ausführung auf die Gemeindeverhältnisse zurückwirkt. Ich meine, man muß auf das Zuschlagsystem bei einer Reform verzichten und der Gemeinde denjenigen Kreis bezeichnen, in welchem sie Steueransprüche zu erheben hat und ich glaube, daß eine wirklich dem Bedürfnisse entsprechende Kommunalsteuer nur eine Realsteuer sein kann, die unabhängig ist von auffälligen Besitzverhältnissen und die Frage, ob eine Liegenschaft in einer Gemeinde höher oder niedriger herangezogen werden muß, gar nicht berühren darf. Allerdings kann ein solches umfassendes Gemeindesteuergesetz erst dann mit Erfolg in Aussicht genommen werden, wenn wir eine Landgemeindeordnung haben, aber die Hoffnung darauf ist uns ja mit dem Hinweis auf die zu großen Schwierigkeiten einer solchen mit aller Bestimmtheit bereits abgeschnitten. — Die einzelnen Bestimmungen der Vorlage haben nun keinen inneren Zusammenhang und man kann ohne Schaden einzelne herausnehmen oder andere hinzufügen. Darin aber liegt eine große Gefahr für das Scheitern derselben, weil sie ungemein leicht Zweipunkten ausgesetzt ist. Die Hundesteuer wird auch meiner Meinung nach in der von dem Abg. Zelle vorgeschlagenen Weise am zweckmäßigsten geregelt, und ich kann nicht begreifen, aus welchen Gründen die Regierung dem Vorschlag des Berliner Magistrats auf Erhöhung des Maximalzuges auf 20 M. nicht bestimmen kann. Besser wäre es freilich gewesen, diese ganze Frage in das vorliegende Gesetz nicht hineinzuziehen. — Für sehr wünschenswerth halte ich dagegen die Bestimmungen über die Besteuerung des Fiskus, namentlich wenn ich an die in einzelnen Landesteilen waltenden unerträglichen Zustände denke. So sind in dem ehemaligen Herzogtum Nassau einzelne Gemeinden ganz besonders in Roth, da sie keine Möglichkeit haben, das ausgedehnte Terrain des Fiskus zu den Abgaben heranzuziehen. Was die Besteuerung des Reichsfiskus anlangt, so will ich mich nicht so bestimmt ausdrücken wie der Abg. Zelle, aber ich verstehe es nicht, wie man solche Wohngebäude, aus welchen der Reichsfiskus lediglich durch Vermieteten Einnahmen zieht, wie jeder andere Haushaltsherr, von der Steuer befreien kann. — Ein wichtiger Punkt ist ferner die Frage wegen der Besteuerung der Eisenbahnen, die in der Vorlage gar nicht musterhaft aber immerhin wohl verständlich gelöst ist. Alles aber, was wir vor der Hand erlangen können, können wir nur erreichen vom Standpunkte einer realen Besteuerung aus. Die verschiedenen Besteuerungen der an den einzelnen Strecken beteiligten Gemeinden halte ich dagegen für eine mehr untergeordnete Frage. — Dagegen kann ich der in § 1 vorgeschlagenen Personalsteuer für die eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, nicht zusimmen. Eine derartige Steuer haben wir bisher niemals gehabt; was danach aussah, bezog sich stets nur auf die Gewerbesteuer, und auch die

Motive geben keine genügende Erklärung für die Notwendigkeit einer solchen Steuer. — Endlich halte ich in sprachlicher Beziehung erlich den Ausdruck „Gemeindeabgaben“ für ebenso verständlich als „Kommunalabgaben“, und für um so angemessener als unsere Zeit ja so sehr auf Sprachreinigung gerichtet ist. Ebenso berechtigt ist weitens der Ausdruck „abgabepflichtig“ und „abgabeberechtigt“, wenn wir auch für Hannover erst vor einigen Tagen beschlossen haben, es solle „abgabepflichtig“ heißen. (Heiterkeit.) Der Herr Minister nahm sich damals dieses „abgabepflichtig“ an und überließ dabei, daß er sich in dieser Vorlage bereits für abgabepflichtig entschieden hat. (Große Heiterkeit.) Er hielt uns auch vor, daß man ja nicht eine Abgabe sondern Abgaben zu zahlen hätte, und es ist mir sehr interessant gewesen, bei dieser Gelegenheit einmal einen Blick in die Gedankenwelt des Mannes zu thun, der unsere neue Orthographie geschaffen hat. (Große Heiterkeit.) Nach der Analogie müßte man auch unterscheiden zwischen einem Kammerdiener und einem Kammerndiener. (Heiterkeit.) Aber wir sagen auch steuerpflichtig und nicht steuerpflichtig, obwohl doch alle in der Lage sind, mehrere Steuern zu bezahlen. (Heiterkeit.) Ich empfehle daher, diese Worte beizubehalten, selbst auf die Gefahr hin, daß wir mit den anerkannten und berechtigten Eigentümlichkeiten der Provinz Hannover in Konflikt kommen. (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Schmidt-Sagan hält es ebenfalls für ungeeignet, die Hundesteuer in dieses Gesetz hineinzuziehen, da man alle Schwierigkeiten vermeiden müsse, die sein Zustandekommen hindern könnten. Er habe allerdings gehofft, in diesem Gesetz die zweite Hälfte des Kommunalsteuergesetzes zu finden, es scheine aber nicht möglich gewesen zu sein, dasselbe vorzulegen. Daß in den Bestimmungen der Vorlage kein innerer Zusammenhang sei, könne er nicht zugeben, da namentlich auch die Eisenbahnen hinsichtlich ihrer Besteuerung unter den Gesichtspunkt von juristischen Personen stehen. Wenn Herr Dr. Meyer meine, die gesamte Steuerreform müsse von der Kommunalsteuer ausgehen und das Zuschlagsystem abgeschafft werden, so stand er mit seiner Meinung in der Kommission ziemlich allein da. So stimme er im Allgemeinen für die Vorlage vorbehaltlich einzelner Punkte wie namentlich des Abzuges einer 3%igen Verzinsung beim Einkommen der Eisenbahnen. Die Gleichbesteuerung der juristischen Personen und Personen halte er für durchaus gerechtfertigt wie auch die Beschränkung der Besteuerung des Fiskus auf Domänen und Grundstücke, aus denen der selbe Einnahmen ziehe, obwohl die letztere Frage noch nicht so wichtig sei wegen der geringen Zahl solcher Grundstücke und Gemeinden. Redner geht dann auf die einzelnen Paragraphen ein und unterzieht dieselben einer nicht zustimmenden Kritik. Bedenklich erscheint ihm namentlich, daß in dieser Vorlage die Doppelbesteuerung der Aktionäre, die nicht einmal in den früheren Vorlagen enthalten gewesen sei, wieder einführt werden sollte. (Beifall.) nein, nicht mehr als der Wissenswertes zu tun ist, vielleicht nicht so bald wieder eintreten werde.

Unterstaats-Sekretär Herrfurth: Wie aus der Diskussion hervorgeht, sind also alle Vorredner mit den Prinzipien der Vorlage einverstanden, und nur einzelne Wünsche sind von den verschiedenen Seiten laut geworden. Ich möchte dieses Gesetz auch nicht sowohl einen Torsor der früheren nennen, sondern es ist vielmehr ein Sekret der wichtigsten und zweckmäßigsten Bestimmungen derselben. Was die Forderung des Abgeordneten Meyer (Breslau) betrifft der Besteuerung des Reichsfiskus in Preußen anlangt, so steht der preußische Staat unter der Souveränität des Reiches und hat demgemäß nicht das Recht, jenen Wunsch zu erfüllen, ohne daß reichsrechtliche Bestimmungen in dieser Sache getroffen sind. — Wenn der Abg. Zelle eine Lücke in dem Fehler der Hundesteuer erblickt, so ist schon mit Recht darauf hingewiesen, daß es über den Charakter dieser Vorlage als eines Notgesetzes hinausginge, wollte man jene Steuer hineinziehen. Dieselbe ist auch nur formal eine Gemeindeabgabe, in der That aber nur eine Polizeimaßnahme, die als solche einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten bleiben muß. — Weiter ist die Doppelbesteuerung der Aktionäre nicht etwas Neues, sondern ein bestehendes Recht, und nur in diesem bereits bestehenden Umfang macht die Vorlage davon Gebrauch. — So soll der Gesetzentwurf vor allem einem bestehenden Bedürfnisse abhelfen und nachdem schon dreimal ähnliche Vorlagen nicht zur Annahme gelangt sind, hoffe ich, daß wenigstens diesmal dieser kleine Theil zum Gesetz werden wird.

Abg. v. Oyen: Mit dem Grundgedanken der Vorlage bin ich durchaus einverstanden, nur in einigen Einzelheiten kann ich ihr nicht zustimmen. Solche Einzelheiten sind die Besteuerung der Eisenbahnen, das Steuerrecht der Gemeinden etc. Wenn die Kommunalsteuerverordnung, die Abg. Dr. Meyer erwähnte, nicht zu Stande gekommen ist, so geschah es, weil hier eine Reihe von Amendments gestellt wurden, die die Annahme der Vorlage für die Regierung unmöglich gemacht haben. Abg. Dr. Meyer hat ferner den Wunsch nach einer Landgemeindeordnung ausgesprochen. Ich habe niemals ein Bedürfnis hierfür geltend machen hören und glaube daher, daß wir mit einer Landgemeindeordnung noch recht gut warten können. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lieber (Zentrum): Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir an dem Zustandekommen des Gesetzes mitwirken wollen und auch für die Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern stimmen werden. In Einzelheiten weichen wir hier und da von der Vorlage ab, durchaus aber stimmen wir mit der vom Abg. Dr. Meyer angegriffenen Bestimmung überein, welche die Genossenschaften zur Besteuerung heranzieht. Es müssen sogar noch Bestimmungen getroffen werden, welche eine Unterziehung der Genossenschaften unmöglich machen. Entschieden müssen wir uns aber gegen § 11 der Vorlage wenden, welche über das Steuerdomicil der Beamten handelt und ganz dem vom Hause gelegentlich der Beamtenpetitionen eingenommenen Standpunkte widerspricht. Durch eine Hineinziehung der Fiskussteuerfrage wollen auch wir die Annahme der Vorlage nicht aufhalten; ich behalte mir jedoch vor, etwa in einer Resolution die Regierung aufzufordern, ihren Einfluß geltend zu machen, um eine Besteuerung fiskalischer Gebäude seitens der Kommune zu ermöglichen.

Abg. Hansen bittet, in den Kommissionsberatungen auch die wichtige Frage über den Ort der Besteuerung der Röhre in Erwägung zu ziehen.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage hierauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Petitionen, Antrag des Abg. Dr. Thilenius auf Errichtung eines hydrographisch-meteorologischen Instituts.

Schluß 3 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 26. Febr. Der nunmehr von liberaler Seite in der Steuerkommission des Abgeordnetenhauses eingebrachte Antrag, auch den Ertrag verpachteten oder vermietheten Grundbesitzes unter gewissen Voraussetzungen, sowie ferner den von Fidelkommissten, der Kapitalrentensteuer zu unterwerfen, stellt diejenige Prinzipienfrage, welche vor der Einbringung der Vorlage in der Presse so lebhaft erörtert worden. Weil sie bei der ersten Lesung im Plenum nur gestreift und bisher auch in der Kommission nicht direkt aufgeworfen worden war, hatten die Konservativen sich mit der Hoffnung geschmeichelt, man werde liberalerseits davor aus Scheu vor den Grundbesitzern zurücktreten. Man kann dahingestellt sein lassen, ob genügender Grund zu dem Versuche vorhanden war, die einzelnen Bestimmungen der Vorlage liberalerseits zunächst nur von der prinzipiellen Basis der letzteren aus zu bekämpfen, wie dies bisher geschehen war, ob die Beschränkung hierauf selbst dann richtig wäre, wenn man vollkommen sicher sein könnte, auf diese Weise die Entwürfe zu Falle zu bringen. Weil die Liberalen in der vorigen Session nicht ausdrücklich dem Sinne widersprochen hatten, welchen die Konservativen und Klerikalen damals mit dem auf die Besteuerung der „Kapitalrente“ bezüglichen Sache ihrer Resolution verbanden, ist bekanntlich der Versuch gemacht worden, die Liberalen als engagiert durch diese Resolution darzustellen. Ganz ebenso würde es kommen sein, wenn man sich jetzt auf die bisherige Einzelbekämpfung des Rentensteuer-Entwurfes beschränkt hätte, statt die prinzipielle Ungerechtigkeit desselben in der Front anzugreifen, auch wenn — was doch, trotz aller dafür sprechenden Anzeichen, nicht ausgemacht ist — der Entwurf in dieser Session scheiterte: es wäre das Präjudiz gegen die Liberalen entstanden, daß sie angeblich die Angemessenheit besonderer Besteuerung der Rente nur des im beweglichen Vermögen angelegten Kapitals nicht bestritten hätten. Man ist auf die Stellungnahme der Regierung, zu dem Antrag sehr gespannt; der Generalsteuerdirektor hat bekanntlich die Aussetzung der Berathungen auf mehrere Tage verlangt, ein Zeichen, wie wichtig die nunmehr aufgeworfene Frage werden wird, aber auf das für, wie wenig man im Finanzministerium in Folge der etwas diplomatischen Taktik der Liberalen auf die Notwendigkeit gesetzt war, über die Prinzipienfrage sich entscheiden zu müssen. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob in dem Antrag, wie er jetzt vorliegt, alle die Arten von Kapitalsanlage in Grundbesitz bezeichnet sind, welche gerechterweise einer „Kapitalrentensteuer“ unterworfen werden müßten; aber offenbar bezeichnet er diejenigen Arten, bei denen die Forderung der Gerechtigkeit am unwiderrücklichsten ist. Er wird deshalb für die Konservativen eine harte Rücksicht sein. — Zum ersten Mal wieder seit Jahren bei der Anwesenheit hoher russischer Gäste im hiesigen russischen Gesandtschafts-Hotel hat heute, anlässlich der Anwesenheit des Großfürsten Michael und seines Georgsritter-Gefolges, der Verkehr zwischen dem Botschaftshotel einerseits, dem anderenseits etwas von dem Charakter der Intimität, welcher bis zum Jahre 1875 bei solchen Anlässen selbstverständlich war. Man hat auch durch diese Neuerlichkeiten die Empfindung, daß Manches, was in den letzten Jahren zwischen Deutschland und Russland gestanden, beseitigt ist. Auch die Zusammenziehung der außerordentlichen russischen Mission spricht dafür, daß man in Petersburg bemüht war, hier einen guten Eindruck hervorzubringen: Großfürst Michael gilt als ein Gegner der panslavistischen Bestrebungen, und wenn die Hauptperson seines Gefolges, der Sieger vom Schipjapah, General Gurko, zu den „Stockrussen“ gezählt wird, so betrachtet man gerade die Hierherkunft desselben als Bekundung einer Abwendung auch dieser Richtung des offiziellen Russlands von der anti-deutschen Politik. Freilich liegt jeder vorsichtige Beurtheiler allen solchen Betrachtungen einen Vorbehalt hinzu, welcher sich auf die beständig offene Frage bezieht, wie weit heut zu Tage das offizielle Russland für das nicht-offizielle bürgerlich ist.

— Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichs-Lanzer und dem Kultusminister von Göhler, von denen gerichtsweise verlautete, haben, wie der „Nat. Ztg.“ berichtet wird, tatsächlich existirt, mögen dieselben auch offiziell gelehnt werden. Diese Angelegenheit ist für jetzt ausgeglichen. Herr v. Göhler bleibt an der Spitze des Kultusministeriums. Ob der Ausgleich ein dauernder ist, wird sich zu zeigen haben. Jedenfalls ist der Eisler, mit welchem die Gegner des Herrn v. Göhler (welche nicht auf der Linken sitzen) einen Oberpräsidenten aus den westlichen Provinzen als voraussichtlichen Nachfolger bezeichnen, verfrüht. Die Gründe der Differenzen sind in keiner Beziehung in Vorgängen zu suchen, welche sich im Landtag abgespielt haben.

— Im Personalbestande des Reichstages ist seit dem Schluß des letzten (außerordentlichen) Session eine Reihe von Veränderungen zu verzeichnen. Bei zehn erledigten Mandaten haben in der Zwischenzeit Neuwahlen stattgefunden, durch welche die Wahlkreise zum Theil auf Vertreter anderer Parteirichtungen übergingen. Im Wahlkreis 5. Kassel wurde an Stelle des konservativen Abg. Dr. Arnold der gleichfalls konservative Rechtsanwalt Dr. jur. Grimm in Marburg und im Wahlkreis 3. Minden an Stelle des Abgeordneten Marcard der gleichfalls konservative Abgeordnete v. Ungern-Sternberg gewählt. Der Wahlkreis 1. Merseburg, den früher Dr. Clauswitz (deutsche Reichspartei) inne hatte, ging an Rechtsanwalt Dr. Horwitz (liberale Vereinigung) über. Dagegen gewann die deutsche Reichspartei zwei Wahlkreise vom Fortschritt, nämlich 2. Stralsund, wo Landrat Graf v. Behrenhoff an Stelle des früheren Abg. Dr. Stoll, und 3. Oberfranken, wo für Herz der Ober-Regierungs-Rath Frhr. von und zu Aufseß in Berlin gewählt wurde. Die Fortschrittpartei errang ihrerseits wieder von den Nationalliberalen den Bennigsen'schen Wahlkreis 19. Hannover durch Wahl des

Kaufmanns Cronemeyer in Neuhaus a. d. Oste. Für 3 erledigte, dem Zentrum angehörige Sitze wurden wieder 3 Mitglieder des Zentrums gewählt, nämlich im 2. Doppeln Graf v. Ballerstrem wiedergewählt, im 7. Düsseldorf Reichsgraf von und zu Hönsbrück auf Schloss Haag bei Gelven für Landgerichtsrath Grütting und im 12. Hannover Rittergutsbesitzer Götz v. Olenhusen (Welfe) für v. Abeleben; hierzu kommt noch im 8. Schwaben Gutsbesitzer Frhr. v. Freyberg-Eisenberg (Zentrum) für den fraktionslosen Abg. v. Sigmund, welcher jedoch als Kandidat des Zentrums gewählt war. Gegenwärtig sind noch zwei Mandate erledigt: 2. Sachsen-Meiningen, bisher der Sezessionist Dr. Lasker, und 12. Breslau, bisher v. Ludwig (fraktionslos). Darnach treten die Fraktionen mit folgendem Bestande in die neue Session ein: Deutsche-Konservative mit 52, Deutsche Reichspartei mit 24, Zentrum mit 106, Polen mit 18, Nationalliberale mit 44, Liberale Vereinigung mit 46, Deutsche Fortschrittpartei mit 60, Volkspartei mit 9, Sozialdemokraten mit 18 und Fraktionslose mit 23 (darunter 15 Elsaß-Lothringer).

— Die diesjährige ordentliche Generalwahl am 19. März d. J., Nachmittags 5^{1/2} Uhr, berufen, um den

Verwaltungsbericht nebst der Bilanz und Gewinnberechnung für das Jahr 1883 zu empfangen und die für den Zentralausschuß nötigen Wahlen vorzunehmen.

— Das definitiv Resultat der gestrigen Reichstagswahl in Bielefeld ist: v. Ungern-Sternberg (konserv.) 8511, Windthorst (Fortschritt) 8478, Hegemann (Sozialdem.) 2258 Stimmen; zerstreut 29 Stimmen. v. Ungern-Sternberg ist somit gewählt. Das Stimmenverhältnis seit den letzten Wahlen hat sich wenig verändert; nur die Sozialdemokraten haben einen ansehnlichen Zuwachs zu verzeichnen. Der Wahlkreis ist, wenn Konservative und Zentrum zusammengehen, einer der sichersten für die ersten. Auch diesmal hatten die Zentrumsführer den konservativen Kandidaten warm empfohlen, der sich dafür zu weitgehenden Zugeständnissen in der kirchenpolitischen Frage verstand. — Auch in Gladbach hat gestern eine Reichstagswahl stattgefunden, als Ersatz für den verstorbene Herrn von Ludwig. Gewählt ist ohne Zweifel der aus dem Abgeordnetenhaus bekannte ultramontane Herr von Hüne, der zum erstenmal in den Reichstag eintritt. Ein Gegenkandidat war unseres Wissens gar nicht aufgestellt. Es sind jetzt nur noch zwei Reichstagsmandate erledigt, Sonneberg-Saalfeld und Bunsen.

Paris, 23. Febr. Der General Millot ist in Hanoi, der General Negrier in Hai-Dong eingetroffen. Alle im Dezember und Januar von Frankreich abgegangenen Verstärkungen sind über Haiphong nach Hanoi und Hai-Dong dirigirt worden, von wo aus der Angriff auf Bac-Ninh stattfinden soll. Es heißt, daß die chinesischen Truppen Bac-Ninh evakuierten, welches nur noch von den Annamiten und Schwarzen gekämpft wird. Die Stimmung der französischen Truppen soll eine vorzügliche sein. General Millot stellt die Einnahme Bac-Ninh's bestimmt für den 7. oder 8. März in Aussicht. Die französische Presse konstatiert, daß Frankreich in Tonking jetzt endlich eine wahre Armee besiegt. Der über die Vorgänge in Ostasien gewöhnlich vortrefflich unterrichtete „Figaro“ fügt noch hinzu:

Die Truppen befinden sich in ausgezeichneten Positionen, um die feindlichen Vertheidigungen zu nehmen. Der General Millot hat eine wahre Armee unter seinen Befehlen, welcher es an nichts fehlt. Das Corps der militärischen Luftschiffer mit ihren gebundenen Ballons (ballons captifs) wird die Chinesen vor Staunen starr machen und dies vervollkommen Hilfsmittel wird noch mit zu einem schon ohnedies absolut gesicherten Erfolg beitragen.

Bei Gelegenheit einer Diskussion von Gesetzprojekten zur definitiven Regulirung bewilligter Nachtragskredite für 1882 und 1883 kam in der heutigen Kammerstzung auch die Angelegenheit von Madagascar zur Sprache, indem der radikale Abgeordnete de Lanessan hierüber vom Konseilspräsidenten Ferry Auflärungen verlangte. Herr Ferry erwiderete, daß ihm hierzu der Augenblick nicht angemessen erscheine. Die äußerste Linie gab sich jedoch hiermit nicht zufrieden und verlangte eine Antwort des Ministers. Herr Ferry entgegnete etwas gereizt: Eine Antwort, worauf? Georges Perin: Ich frage, welches ist der Zweck der Expedition von Madagaskar? Herr Ferry: Es gibt gar keine Expedition. Herr Perin: Ich bitte die Kammer, diese Antwort nicht zu vergessen. Der Konseilspräsident wird schon eines Tages gezwungen sein, uns zu antworten und dann werden wir sehen, ob er es wagen wird, zu behaupten, daß es keine Expedition von Madagaskar giebt. Herr Ferry: Es ist eine Operation kraft des Rechts der Gendarmerie, wie es einer großen Nation über untergeordnete Völkerstaaten zusteht. Doch es ist keine eigentliche Expedition und das Kontrollrecht des Parlaments ist nicht missachtet worden. Herr Perin: Die Kammer wird sich dieser Lektion, welche der Konseilspräsident ihr soeben erheitzt hat, erinnern. Eine Interpellation ist nunmehr nothwendig. Marineminister Admiral Peyron: Die Affaire war der Kammer hinreichend bekannt und der bezügliche Kredit bestimmt, den Mannschaften, die vom Klima leiden, außerordentliche Nationen zu gewähren. Unsere Marine und unsere Armee haben die Aufgabe, überall die Ehre der französischen Fahne aufrecht zu erhalten. (Lebhafte Beifall.) Herr de Lanessan bringt jetzt einen Interpellationsantrag ein; Herr Ferry verlangt, die Diskussion desselben zu verlagen und fügt hinzu, daß seit mehr als sechs Monaten kein Kanonenschuß mehr in Madagaskar abgefeuert worden sei. Die Kammer setzt schließlich die Diskussion der Interpellation auf über vierzehn Tage fest.

Das „Memorial diplomatique“ meldet, daß der Vizekönig, Lewi Pash, alle Maßnahmen zu seiner Abdankung getroffen habe, zu der er vollkommen entschlossen sei. Die Agenten des Khedive in London und Paris hätten Befehl erhalten, nicht auf seinen Namen, sondern auf angenommenen die Häuser zu mielen, welche er in jenen Städten zu bewohnen gedachte. Seit der letzten Niederlage von Sinkal überläßt der Khedive es Nubar Pascha vollständig, sich mit den englischen Beamten abzufinden, wie er will.

Paris, 25. Febr. Wir lesen in den Chauvinistenblättern: „Die Deutschen in Paris.“ „Nummer 93 der Rue de Crimée erzählt, wie es scheint, eine protestantische Kirche und Schule. Die meisten der Zöglinge dieser Schule sind Kinder von Breuhen, die übrigen von Elsässern. So weit nichts Außerordentliches. Aber, wie man uns versichert, läßt man diese Kinder auf die Märkte und Bewegungen eines preußischen Pelotons ein; die Kommandos werden in deutscher Sprache gegeben und keine der Bewegungen, welche man diese jungen Teutonen ausführen läßt, sind in der französischen Armee im Gebrauch. Wir hoffen, daß die kompetenten Behörden diesem System einer deutschen Ablenkung in unserer Hauptstadt ein schnelles Ende zu setzen wissen werden; denn unser Staaten wird immer größer und wir fragen uns, ob wir in Wirklichkeit noch Herren in unserem Hause sind.“ Es handelt sich hierbei um die deutschen Schulen in der Pariser Arbeitervorstadt La Villette. Dieselben werden unterhalten durch Sammlungen und freiwillige Beiträge von bietigen Deutschen und von Franzosen und es ist unwahr, daß die Schulen konfessionell protestantisch sind. Völlig eine Unwahrheit ist es, daß diese Kinder in den preußischen Militärschulen eingelübt werden. Höchst bedauerlich aber bleibt es, daß die Revancheblätter ihren Geifer und ihre Wuth sogar gegen jene armen Kinder auslassen, denen ein Schulunterricht durch die Mildthätigkeit gleichzeitig von Deutschen und von Franzosen zu Theil wird.

Paris, 25. Febr. General Wimpffen ist gestorben. Freiherr Emanuel Felix v. Wimpffen wurde geboren am 13. September 1811 zu Laon. Die Familie Wimpffen ist ein altes schwäbisches reichsunmittelbares Geschlecht, das in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nach dem Elsaß gelangte. Als im Jahre 1870 der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, hatte Wimpffen ein höheres Kommando in Algier inne, in welcher Qualifikation er den Aufstand an der marokkanischen Grenze glücklich niederschlug. Nach den ersten Niederlagen der französischen Armee bei Weissenburg und Wörth erhielt ihn ein Befehl des Premierministers General Palikao nach Frankreich zurück, um den General Hauss in dem Kommando des 5. Korps zu ersetzen. Am 28. August traf Wimpffen in Paris ein, wo er gleichzeitig mit seiner Amtseile der Armee Mac Mahons die Ordre erhielt, im Falle einer Verwundung des Marchalls das Oberkommando zu übernehmen. Diese wenig dankbare Mission blieb ihm nicht erspart. Am 31. August traf er bei der Armee vor Sedan ein und schon am nächsten Tage mußte er, da Marshall MacMahon eine Verwundung im Schenkel erhalten hatte, das Oberkommando übernehmen, nur um einige Stunden später die Kapitulation der gesamten Armee zu unterzeichnen. Der tapfere General wäre eines besseren Abschlusses seiner militärischen Laufbahn würdig gewesen. Wie Jules Favre, der Unterzeichner des Frankfurter Friedens, so war General Wimpffen seitdem für die französische Nation ein toter Mann.

London, 23. Febr. Das Oberhaus hat gestern, wie bereits telegraphisch gemeldet, auf Antrag des Marquis von Salisbury und mit Zustimmung der Regierung die Niedersetzung einer königlichen Kommission beschlossen, welche die Wohnungen der Armen in den Städten wie auf dem Lande untersuchen und zunächst feststellen soll, in welchem Umfange das Uebel der Zusammenpferchung der armen Bevölkerungsklassen besteht und welches der einfachste und sicherste Weg wäre, dem Uebel gründlich abzuhelfen. An der Debatte beteiligte sich auch der Thronfolger, Prinz von Wales, welcher im Wesentlichen Folgendes ausführte:

„My Lord! Ich fühle mich überzeugt, daß die Aussführungen der beiden Vorträger in diesem Hause die besten Früchte tragen werden. Ich bin auch überzeugt, daß Sie, My Lord, gleich allen übrigen Klassen der Untertanen Ihrer Majestät mit Vergnügen haben werden, daß der Marquis eine eingehende Untersuchung der äußerst wichtigen Frage der Behausung der Armen verlangt, und daß Ihrer Majestät Regierung die Bildung einer technischen Kommission befohlen hat. My Lord! Ich bege nicht die Ansicht, Sie mit meinen Bemerkungen zu belästigen. Sie wissen, daß ich das lebhafteste und größte Interesse an dieser Frage nehme. Ich muß jedoch gestehen, daß ich mich mit der Angelegenheit noch nicht eingehend genug beschäftigt habe, um eine Meinung abzugeben, und dies namentlich nach den Bemerkungen, welche von den Lippen des edlen Marquis und des edlen Lord Carrington gefallen sind. Zu gleicher Zeit kann ich Sie versichern, My Lord, daß ich sehr meine Ernennung zum Mitgliede dieser königlichen Kommission sehr dankbar bin. Der Gegenstand der Behausung der Armen ist mir nicht ganz fremd. Als ich vor 21 Jahren Grundbesitz in Norfolk erwarb, hatte ich mit dem Baue von meinen Wohnungen für die Armen und Arbeiter zu schaffen. Bei meiner Ankunft fand ich die Wohnungen in einem die Immoralität im höchsten Grade fördernden Zustande. Ich glaube, daß heute kaum einer der Arbeiter Klage darüber führen kann, daß er nicht entsprechend behauset. Vor einigen Tagen besuchte ich zwei der ärmsten Stadttheile in St. Pancras und Holborn (in London), wo der Zustand der Leute oder vielmehr ihrer Wohnungen geradezu empörend ist. Dies allein zeigt, wie wichtig es ist, daß eine eingehende Untersuchung angestellt werde. Ich bege die ernsthafte Hoffnung, die bestimmt von Ihnen, My Lord, getheilt wird, daß uns die Resultate der Untersuchungen der königlichen Kommission in die Lage versetzen werden, dem Parlamente solche drastische und durchgreifende Maßregeln zu empfehlen, daß das durch nicht nur die Wohnungen, sondern auch der allgemeine Zustand unserer Armen verbessert wird.“ (Beifall.)

Der Antragsteller, Marquis von Salisbury, sagte, daß alle bisher getroffenen gesetzlichen Verfügungen zur Linderung der Wohnungsnöthe der Armen nur dazu beigetragen haben, das Uebel des zusammengebrachten Wohnens zu erhöhen. Es gebe darüber nicht an, die Frage nur vom sanitären Standpunkte aus zu beurtheilen; die moralische Seite derselben sei zum mindesten gleich wichtig. So lange als eine und mehrere Familien, Erwachsene und Kinder zusammen, in einem Zimmer wohnen, könne der Zustand der armen Bevölkerung nur der der moralischen Versunkenheit sein. Das körperliche und moralische Wohlbefinden des Arbeiterstandes sei aber für den Staat von größter Wichtigkeit. Es gelte darum, sich über kleinliche Bedenken aus wirtschaftlichen und finanziellen Ursachen mutig hinwegzusehen und energisch an die Frage heranzutreten, deren Lösung die moralischen, materiellen und geistigen Interessen einer großen Zahl der Staatsbürger und damit die Wohlfahrt des Staates selbst betrifft. Er stelle darum den Antrag, die Königin zu bitten, zu dem bezeichneten Behufe eine Kommission einzusetzen zu wollen. Lord Carrington erklärt, daß die Regierung, die sich in der letzten Zeit auch sehr eingehend mit der Frage der Behausung der Armen befaßt habe, den Antrag Lord Salisburys freundig willkommen heiße; derselbe werde seitens der Regierung unterstützt und nur die Bestimmung getroffen werden, daß die Untersuchung nicht auf dichtbevölkerte Plätze allein beschränkt bleibt.

Der Antragsteller, Marquis von Salisbury, sagte, daß alle bisher getroffenen gesetzlichen Verfügungen zur Linderung der Wohnungsnöthe der Armen nur dazu beigetragen haben, das Uebel des zusammengebrachten Wohnens zu erhöhen. Es gebe darüber nicht an, die Frage nur vom sanitären Standpunkte aus zu beurtheilen; die moralische Seite derselben sei zum mindesten gleich wichtig. So lange als eine und mehrere Familien, Erwachsene und Kinder zusammen, in einem Zimmer wohnen, könne der Zustand der armen Bevölkerung nur der der moralischen Versunkenheit sein. Das körperliche und moralische Wohlbefinden des Arbeiterstandes sei aber für den Staat von größter Wichtigkeit. Es gelte darum, sich über kleinliche Bedenken aus wirtschaftlichen und finanziellen Ursachen mutig hinwegzusehen und energisch an die Frage heranzutreten, deren Lösung die moralischen, materiellen und geistigen Interessen einer großen Zahl der Staatsbürger und damit die Wohlfahrt des Staates selbst betrifft. Er stelle darum den Antrag, die Königin zu bitten, zu dem bezeichneten Behufe eine Kommission einzusetzen zu wollen. Lord Carrington erklärt, daß die Regierung, die sich in der letzten Zeit auch sehr eingehend mit der Frage der Behausung der Armen befaßt habe, den Antrag Lord Salisburys freundig willkommen heiße; derselbe werde seitens der Regierung unterstützt und nur die Bestimmung getroffen werden, daß die Untersuchung nicht auf dichtbevölkerte Plätze allein beschränkt bleibt.

Vocales und Provinzielles.
Boden, 27. Februar.
d. [Die Wahlprüfungs-Kommission] des Abgeordnetenhauses hat aus Anlaß der Wahl des Ober-Regie-

ungenräths Hahn im Wahlkreise Bromberg-Wirsitz, gegen welche von polnischer Seite aus dem Grunde Protest erhoben worden war, weil die Verlesung des Wahlreglements unmittelbar vor der Wahl nur in deutscher, nicht auch in polnischer Sprache erfolgt war, beschlossen, daß zwar die Gültigkeit der Wahl des Ober-Regierungsraths Hahn bei der bedeutenden Majorität, mit welcher derselbe gewählt worden war, nicht in Frage stehe; in Betreff der prinzipiellen Frage dagegen hat sich die Kommission dahin ausgesprochen: die Regierung sei aufzufordern, den Wahlkommisarien in der Provinz Posen das Wahlreglement auch in polnischer Sprache zugehen zu lassen und sich zu bemühen, daß die Wahlkommisarien in entsprechender Weise sich mit den Wahlmännern auch in polnischer Sprache verständigen könnten. Von diesen Beschlüssen wurde der erste mit 7 gegen 2, der letztere mit 5 gegen 4 Stimmen angenommen. Der "Kuryer Poznański" dem wir diese Mitteilung entnehmen, meint: der erste Beschuß der Kommission werde auch wohl im Plenum angenommen, der letztere dagegen wohl abgelehnt werden, da Konservative und Liberalen in dieser Frage der polnischen Fraktion, dem Zentrum und der Fortschrittspartei gegenüber die Majorität bilden.

S. [Der Posenschen Genossenschaft des Johanniterordens ist von dem Kapitel des Ordens zum Neubau ihres Krankenhauses in Tirschfiegel eine Beihilfe von 24 000 M. bewilligt worden.

Personalien. Der Postsekretär Menzel hieselbst ist in die Postmeisterstelle bei dem Postamt in Jarotschin versetzt. Es sind ferner vereilt worden: der Postsekretär Wagner von Ostrowo nach Schröda, Postassistent Adamiec von Dt. Krone nach Inowrazlaw, die Postverwalter Cuno von Jarotschin nach Sarne und Salzmann von Sarne nach Bräz. Die Postverwalter Sochor in Bräz und Fröhlich in Wilhelmsbrück treten in den Ruhestand.

x. Abiturientenprüfung. Gestern fand unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulrats Volte in dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium die mündliche Abiturientenprüfung statt. Von derselben wurden zwei Kandidaten wegen ihrer guten schriftlichen Arbeiten dispendirt; die übrigen sieben gleichfalls das Zeugnis der Reife.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 26. Febr. Wie die "Breslauer Zeitung" aus Katowitz meldet, ist die Preiskonvention der oberschlesischen Walzwerke aufgelöst, zugleich aber deren Wiederherstellung in einer neuen loseren Form beschlossen worden.

Dresden, 26. Febr. Prinz Georg von Sachsen ist mit seiner ältesten Tochter, der Prinzessin Mathilde, heute früh nach Meran abgereist, um den sich dort aufhaltenden Erbprinzen Hohenzollernschen Herrschaften einen mehrtagigen Besuch abzustatten.

Dresden, 26. Febr. Die Deputation der ersten Kammer empfiehlt den Beitritt zu dem Beschuß der zweiten Kammer, die Regierung zu ersuchen, wenn thunlich noch diesem Landtage ein Gesetz vorzulegen, betreffend den Erlaß von Schank- und Tanzstättenverboten gegen die Abgabearrestanten.

London, 26. Febr. Im Oberhause erklärte der Staatssekretär des Innern, Lord Granville, er habe keine Information über die Explosion auf dem Victoriabahnhof. — Die Viehmarktfahrt wurde in bitterer Lesung angenommen. — Das Unterhaus wählte einstimmig durch Aufflammung Arthur Peel zum Sprecher; derselbe nahm die Wahl dankend an und gab die Versicherung, die Verhandlungen mit der gewissenhaftesten Unparteilichkeit leiten zu wollen. Northcote billigt die Wahl und erklärt, so lange Peel den Vorsitz führe, werde ihn die Opposition in jeder Weise unterstützen. — Bourke kündigte einen Antrag an gegen jeden Vertrag, welcher den Verkehr mit den Congo-Häfen behindert oder die Zölle derselbst erhöht.

London, 26. Febr. Die "Saint James Gazette" meldet in einem Finanzartikel, der englische Generalkonsul Baring habe der ägyptischen Regierung einen Entwurf zur Reform der ägyptischen Finanzen empfohlen, wodurch eine Mehreinnahme von über einer Million Pf. Sterl. jährlich erzielt werden würde. Nach diesem Entwurf sollten, neben anderen Maßregeln, die in Ägypten lebenden Ausländer behufs Besteuerung eingeschäftigt werden; die von diesen zu zahlende Steuer wird auf jährlich 250,000 Pf. Sterl. veranschlagt.

London, 26. Febr. Das gestern Abend auf dem Victoriabahnhof aufgegebene Felleisen, durch welches, wie man annahm, die Explosion herbeigeführt sein sollte, hat sich unversehrt wiedergefunden. Dagegen ist unter den Gepäcküberresten ein lederner Reiseflasche gefunden worden, welcher durch Explosionsstoffe, die sich im Innern desselben befunden haben, zerstört zu sein scheint.

Kasan, 26. Februar. Gestern Abend feuerte in einem Chambre garni der Student Michailow zwei Revolvergeschüsse auf den früheren stellvertretenden Prokureurshilfen des Bezirksgerichts von Iekaterinenburg, Valutin, ab, wobei dieser an der Hand und an der Seite verwundet wurde. Das Motiv der That soll kein politisches, sondern Privatrache sein.

Kairo, 26. Febr. Die ägyptischen Bataillone unter dem Oberbefehl englischer Offiziere haben heute Befehl erhalten, am nächsten Donnerstag nach Assuan abzugehen. Die englische Regierung hat auf den Vorschlag, zwei Bataillone englische Infanterie nach Ober-Egypten zu senden, noch nicht geantwortet.

Washington, 25. Febr. Die Kommission des Repräsentantenhauses für Marineangelegenheiten beschloß, dem Hause die Ablehnung der Bill zu empfehlen, wonach im Auslande gebaute Schiffe zur Einregistrierung für Nordamerika abgabenfrei zugelassen werden sollen. Ferner wurde eine Bill eingereicht, welche Ausländern untersagt, im Unionsgebiete Grundbesitz zu erwerben.

Berlin, 27. Febr. Die "Nord. Allgem. Ztg." reproduziert die Bemerkungen des "Kuryer Poznański" zu der Erklärung des Kultusministers im Landtage über Ledochowski und sagt: Dieselben könnten nur von Neuem die Überzeugung stärken, daß die Wiedereinsetzung Ledochowski's nicht nur im

preußischen Interesse, sondern auch wegen der auf die befreundeten Nachbarländer Österreich und Russland zu nehmenden Rücksichten eine absolute Unmöglichkeit sei. Bedürfte es noch der Befestigung der Ansichten und Entschließungen der Regierung, so würde der Artikel des "Kuryer Poznański" das beste Material dazu liefern.

Berantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
26. Nachm. 2	746,9	WB lebhaft	bedeckt ¹⁾	+ 0,4
26. Abends. 10	749,4	WB lebhaft	bedeckt	+ 1,3
27. Morgs. 6	751,5	WB mäßig	bedeckt Reif	+ 0,2

¹⁾ Regenpfe: 0,4 mm.
Am 26. Wärme-Maximum: + 5,0 Cels.
Wärme-Minimum: + 1,0

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. Februar Morgens 1,82 Meter.
26. Mittags 1,80
27. Morgens 1,80

Telegraphische Börse.

Fonds-Course.
Frankfurt a. M., 26. Febr. (Schluß-Course.) Still, ziemlich fest. Lond. Wechsel 20,497. Pariser do. 81,25. Wiener do. 168,50. R. A. S. — Rheinische do. — Hess. Submig. 108g. R. A. S. Pr. Anth. 126g. Reichsanl. 102g. Reichsbank 148g. Darmst. 153g. Meining. 94g. Ost. ung. Bank 711,50. Kreditaktien 265g. Silberrente 68g. Papierrente 67g. Goldrente 85g. Ung. Goldrente 76g. 1860er Loose 118g. 1864er Loose 313,00. Ung. Staatsl. 222,50. do. Ost. Orl. 11. 98g. Böhm. Westbahn 25g. Elisabethb. — Nordwestbahn 154g. Galizier 248g. Franzosen 263g. Lombarden 120g. Italiener 93g. 1877er Russen 92g. 1880er Russen 74g. II. Orientanl. 58. Bentr. Pacific 111. Disconto-Kommandit. — III. Orientanl. 57g. Wiener Bankverein 94g. 5% österreichische Papierrente 80g. Buschtrader — Egypten 67g. Gotthardbahn 94g. Türken 9g. Edison — Lubed — Bischener 155g. Roth. Eisenwerke — Marienburg-Mlawa — Alpine Prioritäten 94g. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 265g. Franzosen 263g. Gas. 248g. Lombarden 120. II. Orientanl. — III. Orientanl. — Export 67g. Gotthardbahn — Spanier — Marienburg-Mlawa — 1880er Russen —

Frankfurt a. M., 26. Febr. (Effekten - Sozietät.) Kreditaktien 266g. Franzosen 264. Lombarden 120g. Galizier 249g. österreichische Papierrente —. Export 66g. III. Orientanl. —. 1880er Russen —. Gotthardbahn 94g. Deutsche Bank —. Nordwestbahn —. Elbtal —. 4proz. ungar. Goldrente 76. II. Orientanleihe —. Marienburg-Mlawa —. Spanier —. Hessische Ludwigsbahn —. Elbtal-Büdener —. Mecklenburger —. Fest. Wien, 26. Febr. Ungar. Kreditaktien 310,50. österreich. Kreditaktien 307,20. Franzosen 312,10. Lombarden 142,90. Galizier 294,75. Nordwestbahn 183,00. Elbtalbahn 191,00. österr. Papierrente 79,62g. österreich. Goldrente 101,40. 4proz. ung. Goldrente —. 5proz. do. Papierrente 87,95. 4proz. ungar. Goldrente 90,32g. Marknoten 59,25. Napoleon 9,61. Wiener Bankverein 106,50. Ruhig. Bentr. 115,20. Wiener Bankverein 106,20. Ungar. Kredit 310,70. Deutsche Plätze 59,25. Londoner Wechsel 121,45. Pariser do. 48,10. Amsterdamer do. 100,10. Napoleon 9,61. Dutaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten —. Russische Banknoten 1,18g. Lemberg-Gernowiz —. Kronpr.-Rudolf 178,00. Franz.-Josef —. Durch-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbtalb. 191,20. Tramway 231,50. Buschtrader —. Oester. 4proz. Papier 95,20.

Wien, 26. Febr. Ungar. Kreditaktien 310,50. österreich. Kreditaktien 307,20. Franzosen 312,10. Lombarden 142,90. Galizier 294,75. Nordwestbahn 183,00. Elbtalbahn 191,00. österr. Papierrente 79,62g. österreich. Goldrente 101,40. 4proz. ung. Goldrente —. 5proz. do. Papierrente 87,95. 4proz. ungar. Goldrente 90,32g. Marknoten 59,25. Napoleon 9,61. Wiener Bankverein 106,50. Ruhig. Bentr. 115,20. Wiener Bankverein 106,20. Ungar. Kredit 310,70. Deutsche Plätze 59,25. Londoner Wechsel 121,45. Pariser do. 48,10. Amsterdamer do. 100,10. Napoleon 9,61. Dutaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten —. Russische Banknoten 1,18g. Lemberg-Gernowiz —. Kronpr.-Rudolf 178,00. Franz.-Josef —. Durch-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbtalb. 191,20. Tramway 231,50. Buschtrader —. Oester. 4proz. Papier 95,20.

Wien, 26. Febr. (Abendbörse.) Ungar. Kredit. Aktien 312,00. österreichische Kreditaktien 307,70. Franzosen 312,10. Lombarden 142,80. Galizier 294,50. Nordwestbahn 182,75. Elbtal 191,00. österr. Papierrente 79,65. do. Goldrente 101,50. ungar. Papierrente 79,65. do. 4proz. Goldrente 90,32g. 6proz. Papierrente 87,95. Marknoten 59,27g. Napoleon 9,61. Banknoten 106,50. Fest. London, 26. Febr. Preuß. Consols 100g. Consols 101g. Türk. 81g. 1873er Russen 87g. 6proz. ungar. Goldrente 101g. 4proz. ungar. Goldrente 75. Egypten 66g. Ottomankbank 15g. Silber 51g. Lombarden —. Suezaktien —. In die Bank floßen heute —. Pfds. Sterl.

London, 26. Febr. Consols 101g. Italienische 4prozentige Rente 91g. Lombarden 12g. 3proz. Lombarden alte 11g. 3proz. do. neue 11g. 5proz. Russen do. 1871 89. 4proz. Russen do. 1872 88. 4proz. Russen do. 1873 88. 4proz. Türk. do. 1865 8g. 4proz. fundierte Amerik. 126g. Österreichische Silberrente 67. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 75. Oester. Goldrente 85. Spanier 59g. Export neue —. do. unif. 66g. Ottomankbank 15g. Preuß. 4proz. Consols 100g. Rubig.

London, 26. Febr. Consols 101g. Silber —. Blattdiskont 3g pft. Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,66. Wien 12,29. Paris 25,45. Petersburg 22g.

Petersburg, 26. Febr. Wechsel auf London 23g. II. Orientanleihe 94. III. Orientanleihe 94. Privatdiskont 6 pft. Neue Goldrente 165g.

Produkt-Kurse.
Königsberg, 26. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen still. Roggen unverändert, loco 121/122 Pfds. Zollgew. 128,75, per Febr. 130,00, per Frühjahr 135,00. Gerste unv. Hafer fest, loco inländ. 120,00, do. Frühjahr 126,00. Weizen Erbsen per 2000 Pfds. Zollgewicht 155,50. Spiritus pr. 100 Liter 100 pft. loco 50,00, per Febr. 50,00, pr. Frühjahr 50,50. — Wetter: Regnerisch.

Bremen, 26. Febr. Petroleum (Schlußbericht). Ruhig. Standard white 7,65 bez. u. Käufer, per März 7,65 bez. u. Käufer, per April 7,75 bez. u. Käufer, per Mai 7,90 Br., per August-Dezbr. 8,45 Br. Hamburg, 26. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig, per April-Mai 174,00 Br., 173,00 Gb., per Mai-Juni 176,00 Br., 175,00 Gb. — Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig, per April-Mai 132,00 Br., 131,00 Gb., per Mai-Juni 132,00 Br., 131,00 Gb. — Hafer und Gerste unverändert. — Rüböl ruhig, loco 65,00, per Mai 65,00. — Spiritus still, per Februar 381 Br., per März 39 Br., per April-Mai 39g Br., per Mai-Juni 39g Br. — Kaffee abwartend, geringer Umsatz. — Petroleum still, Standard white loco 8,00 Br., 7,90 Gb., per Februar 7,85 Gb., per März 7,80 Gb. — Wetter: Trüb.

Wien, 26. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen per Febr. 9,75 Gb., 9,80 Br., per Frühjahr 9,85 Gb., 9,90 Br. — Roggen per Frühjahr 8,13 Gb., 8,18 Br., pr. Mai-Juni 8,20 Gb., 8,25 Br. Mais per Mai-Juni 6,95 Gb., 6,98 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,47 Gb., 7,52 Br., per Mai-Juni 7,53 Gb., 7,58 Br.

Pest, 26. Febr. (Produktenmarkt.) Weizen solo flau, per Frühjahr 9,35 Gb., 9,36 Br., per Herbst 10,05 Gb., 10,07 Br. Hafer per Frühjahr 6,90 Gb., 6,92 Br. Mais per Mai-Juni 6,53 Gb., 6,55 Br. — Rüböl —, per August-Sept. — Wetter: Schön.

Paris, 26. Febr. Heute findet kein Produktenmarkt statt.

Petersburg, 26. Febr. (Produktenmarkt.) Talg loco 70,00, per August 67,75. Weizen loco 12,75. Roggen loco 9,00. Hafer loco 4,80. Hanf loco —. Leinsaat (9蒲) loco 16,00. — Wetter: Frost.

Amsterdam, 26. Febr. (Getreidemarkt). Weizen pr. März — Roggen per März 161, per Mai —

Amsterdam, 26. Febr. Bancazim 51g.

Antwerpen, 26. Febr. Heute findet kein Getreide- und Petroleummarkt.

London, 26. Febr. Havannazucker Nr. 12 20 nominell. — Centrifugal Cuba —.

London, 26. Febr. An der Küste angeboten 2 Weizenladungen.

Wetter: Kalt.

London, 26. Febr. Bei der gestrigen Wollauktion waren Preise unverändert.

Gladgow, 26. Febr. Robeisen. (Schluß.) Mixed numbers war-

rants 42 lb. 2 d.

Liverpool, 26. Febr. (Getreidemarkt.) Weizen stetig. — Wetter: Trüb.

Liverpool, 26. Febr. Baumwolle. (Schlußbericht). Umfang 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ruhig. Surats stetig. Midd. amerikanische Februar-März-Lieferung —, März-April-Lieferung 5g. April-May-Lieferung 5g. Mai-Juni-Lieferung 6. Juni-Julii-Lieferung 6. Juli-August-Lieferung —, Aug.-September-Lieferung —

Hull, 26. Febr. Getreidemarkt. Fremder Weizen ruhig, unverändert. — Wetter: Kalt.

Bradford, 25. Febr. Wolle und Stoffe matt, Garne gefragt, ruhig zu stetigen Preisen, größerer Bedarf für Leipzig.

Manchester, 26. Febr. 12r Water Armitage 6g, 12r Water Taylor 11g, 12r Water Nichols 8g, 30 Water Clayton 9g, 32 Rock Townhead 9g

